

# nachrichten

## **Umweltbelastung: Notstand wird ausgerufen**

Wegen zu starker Luftverschmutzung durch Brände auf der Insel Sumatra wurde in Malaysia in einigen Landesteilen der Notstand ausgerufen. Während die malaysische Regierung für Kuala Selangor und für die Hafenstadt Port Klang den Notstand erklärte, zog auch durch die Straßen der Hauptstadt Kuala Lumpur ein gelblicher Nebel, der die Luftverschmutzung auf alarmierende Werte ansteigen ließ. In den Notstandsgebieten wurde das gewöhnliche Arbeitsleben unterbrochen, nur Lebensmitteläden durften öffnen. Auch Hunderte von Schulen wurden vorsichtshalber geschlossen und wegen der schlechten Sichtverhältnisse einer der beiden Flughäfen von Kuala Lumpur.

Der malaysische Umweltminister Adenan Satem bot Indonesien Hilfe bei der Löschung der Brände an. Satellitenbilder zeigten 993 verschiedene Brandherde. Eine Auswertung der Satellitenbilder ergab, dass mehr als 60 Prozent der Brände von Landwirten gelegt wurden, um Waldgebiete niederzubrennen und für den Ackerbau nutzbar zu machen. Laut malaysischer Zeitungen waren die Verursacher indonesische Bauern, die indonesischen Zeitungen allerdings berichten von malaysischen Firmen mit Standort in Indonesien, die illegale Brandrodung in großem Stil betreiben.

vgl. AFP, 11., 17.8.2005

## **Anklage wegen Verachtung des Islams**

Die am 20. Juli 2005 vom Islamic Affairs Department verhaftete ehemalige Islamlehrerin Kamariah, 54, ist seit dem 15. August gegen eine Kaution von 5.000 Ringgit (1.160 Euro) frei. Sie war zunächst mit 44 anderen Mitgliedern der Ayah Pin Sekte wegen falscher Lehren, die dem islamischen Gesetz (Sharia) widersprächen, den öffentlichen Frieden bedrohten und den Glauben zerstören könnten, angeklagt worden. Die Absolventin der Al-Azhar Universität (Ägypten) versuchte daraufhin vor dem Unteren Sharia Gerichtshof Besut eine zusätzliche Anklage aufgrund Missachtung islamischer Gesetze von einer islamischen Autorität zu vermeiden. Daher gab sie zu, keine Muslimin zu sein, was allerdings sein Ziel verfehlte und zu einer Anklage wegen Rückweisung und Verachtung des Islam führte.

Für die erste Anklage droht ihr eine Geldstrafe von 3.000

Ringgit (700 Euro) oder Gefängnis bis zu zwei Jahren oder beides. Für die zweite Anklage droht ihr eine Geldstrafe von bis zu 5.000 Ringgit (1.160 Euro) oder bis zu drei Jahren Gefängnis oder beides, wenn sie unter Absatz sieben des Sharia Criminal Offence Enactment Terengganu 2001 verurteilt wird.

Der Prozess für sie und die 44 weiteren Angeklagten der Sekte, unter ihnen befindet sich auch der Anführer Ariffin Mohamed, wird am 1. September wieder aufgenommen beziehungsweise Kamariahs Einzelprozess am 14. September vor dem Oberen Sharia Gerichtshof. Die Kaution wurde auf Antrag von Faridah Yusof vom Bar Council Legal Aid Centre gewährt, um der Angeklagten die Suche nach einem Sharia Anwalt zu ermöglichen. Da sie in der Provinz Terengganu verhaftet und angeklagt wurde, jedoch im Gefängnis

Pengkalan Chepa in der Nachbarprovinz Kelantan inhaftiert ist, war es ihr kaum möglich vom Gefängnis aus Gesetzeshilfe in Terengganu zu finden. Der Oberstaatsanwalt Mustafar Hamzah sieht die Kaution als unnötig an und bezieht sich damit auf die fünf Tage, die ihr für die Ernennung eines Verteidigers ohnehin schon gewährt worden waren.

vgl.: *Bernama* 15.8.; *The Star* 16.8.2005

## **68 Burmesen vor Gericht**

Seit Juni 2005 sitzen 68 Burmesen wegen unrechtmäßiger Versammlung und Einwanderungsverstößen in Haft. 64 von ihnen demonstrierten am 16. Juni 2005 vor der burmesischen Botschaft in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur für die Freilassung von Aung San Suu Kyi. Sie steht derzeit unter Hausarrest in Rangun. Vier weitere Burmesen besuchten die Demonstranten und wurden verhaftet, da sie keine offiziellen Einwanderungspapiere besaßen. Verhandlungsbeginn ist am 12. Dezember 2005.

Ein Team malaysischer Anwälte setzt sich bis dahin dafür ein, dass die Anklage fallen gelassen wird. Der Vertreter des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) wird einen formellen Antrag dafür einreichen, sobald er die Aktivisten als Flüchtlinge oder Asylbewerber identifiziert hat. Einer der Anwälte, Latheefa Koya, sagte zu der Behandlung der Inhaftierten, einer sei so sehr geschlagen worden, dass er nicht mehr urinieren könne, und statt zu einem Arzt sei er für acht Tage in Einzelhaft in eine dunkle Zelle gebracht worden. Malaysia hat noch immer nicht die 1951 *Convention on the Status of Refugees* unterschrieben.

vgl. *The Irrawaddy*, 11.8.2005

## **Mehr Sicherheit im Internet**

Die malaysische Regierung will dem Parlament bald zwei neue Gesetzesentwürfe zum Schutz von Internettransaktionen und zum Vorgehen gegen Hacker vorlegen. Im ersten Quartal 2005 verdoppelten sich die Störungen durch Hacker im Vergleich zum vorigen Quartal. Von Januar bis April belief sich die Zahl der Vorfälle auf 300. Der Zusammenbruch des On-

line Banking Services der Maybank am 29. Juni 2005 wird eventuell auch auf Hacker zurückgeführt. Über drei Stunden war es den 1,7 Millionen registrierten Nutzern nicht möglich, Transaktionen durchzuführen. Auch die Schalter und Geldautomaten waren lahm gelegt worden.

vgl. *New Straits Times*, 30.6., 29.7.2005

## **Gefängnisstrafe ohne Urteil**

Zu einem Treffen der malaysischen Menschenrechtskommission, SUHAKAM, kamen frühere unter dem Internal Security Act (ISA) Gefangene und ihre Unterstützer zusammen, um die Abschaffung des ISA zu fordern. ISA erlaubt bei einigen Vergehen eine zweijährige Haftstrafe ohne Gerichtsurteil zu verhängen, ist jedoch bezüglich der Art der Vergehen sehr ungenau definiert. Außerdem darf die Haftstrafe nach Ablauf beliebig verlängert werden. Ursprünglich war ISA zur Bekämpfung der kommunistischen Unruhen in den 60er

Jahren geschaffen und führte bereits zur Verhaftung von 10.000 Menschen. Derzeit sind durch ISA über 100 Personen inhaftiert. Der Direktor der führenden Menschenrechtsorganisation Voice of the Malaysian People, SUARAM, nannte den ISA »eine Lizenz zur Folter«, denn Betroffene berichten von Verhörmethoden wie sexuelle Erniedrigungen, Schläge mit Besenstielen, angedrohte sowie durchgeführte Vergewaltigungen und viele weitere Vorgehensweisen dieser Art.

vgl. AFP, 1.8.2005

## Flüchtlinge gleichen Arbeitskräftemangel aus

Die malaysische Regierung hat entschieden, Flüchtlinge, die vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) anerkannt sind, als Arbeitskräfte anzulernen, um den Mangel an Arbeitskräften etwas auszugleichen. Der UNCHR Vertreter für Malaysia Dr. Volker Turk schätzt einen Mangel von 500.000 Arbeitern, verursacht durch die strenge Vertreibung illegaler Einwanderer seit Oktober 2004. Daher schlug er auf einem zweitägigen UNHCR Seminar in Malaysia über Migration und den Status von Flüchtlingen vor, Flüchtlingen eine Arbeitserlaubnis zu erteilen. Turk sagte, im Land befänden sich derzeit 20.000 Flüchtlinge aus Aceh, 10.000 Rohingya aus Burma und 10.000 Flüchtlinge anderer ethnischer Minderheiten aus Burma und anderen Ländern.

Der Malaysian Trade Union Congress (MTUC) reagierte auf den Vorschlag mit Unbehagen,

und der Vorsitzende Shafie argumentierte, die Flüchtlinge seien im Land, um politisches Asyl zu finden und nicht, um Arbeit zu suchen. Daher unterscheide sich ihre rechtliche Position von anderen ausländischen Arbeitern. Außerdem befürchtete er, die Zahl der Flüchtlinge könne bei Aussichten auf eine Arbeitserlaubnis zunehmen und somit die Jobaussichten der Einheimischen bedrohen.

Die Regierung erhitzt sich derzeit über die Diskussion, ob weibliche Flüchtlinge als Hausmädchen angelernt werden sollen. Innenminister Azmi bestätigte, das Kabinett habe sich prinzipiell auf eine Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge geeinigt, aber die genauen Vorgänge und Bedingungen seien noch nicht entschieden.

vgl. *Bernama*, 9.8.; *The Star*, 6.7.; *Malaysia General News*, 14.6.2005

## Warnung an Studenten

Die Universität von Malaya (UM) hat im August 2005 drei Warnungen an ihre Studenten heraus gegeben, nicht an unerwünschten Aktivitäten teilzunehmen, die den guten Ruf der Universität beschmutzen könnten.

Bei der ersten Warnung wurden die Studenten ermahnt, keine gegen die Universität gerichteten unautorisierten Faltblätter, keine falschen Nachrichten und ähnliches zu verteilen. Anlass war eine kleine Gruppe pro-oppositioneller Studenten, die unerlaubt Faltblätter und andere Materialien verteilt hatte, die regierungsfeindliche Aussagen beinhaltet haben sollen und damit laut UM den Ruf der Universität besudelt haben.

Der zweite Aushang verbot die Teilnahme an einem vom Institut Kajian Dasar (IKD) organisierten Seminar. Das IKD ist Anwar Ibrahims bekannte think-tank Gruppe, die finanziell

# nachrichten

hauptsächlich von der Konrad Adenauer Stiftung unterstützt wird und Seminare für Studenten organisiert. Die UM nannte das IKD ein Instrument der oppositionellen Parteien, um Lügen gegen die Regierung zu verbreiten.

Der dritte Aushang verbot Studenten an einer Exkursion teilzunehmen, da sie von einer nicht registrierten studentischen Organisation angeboten wurde, die eventuell pro-oppositionell eingestellt war. Die Studenten wollten sich Feuerfliegen in Kuala Selangor anschauen.

vgl. *Malaysiakini*, 10.8.2005

## Ölpreise schwächen Wirtschaft

Am 30. Juli 2005 gab die malaysische Regierung bekannt, die steigenden Kraftstoffpreise nicht länger durch Subventionen künstlich niedrig halten zu können. Die Begründung lautete, die hohen Subventionen verschlängen die Gelder für Bildung und Entwicklung.

Die Preise wurden zwischen fünf und 20 Sen angehoben. Nur die Fischer, deren wirtschaftliche Lage sonst kritisch getroffen wäre, müssen acht statt 20 Sen mehr für Diesel zahlen. Im Transportsektor kam es auch zu Problemen, denn viele Unternehmer haben aufgrund der zuvor schon schlechten Lage kaum eine andere Wahl, als die Mehrkosten an die Konsumenten weiter zu leiten. Der Minister für Unternehmen und Kooperative Entwicklung Khalid wies diese Möglichkeit jedoch zurück. Er sagte, der Service müsse verbessert und der Sektor wirtschaftlicher gemacht werden. Ob LKW, Schul- oder Stadt

busse, der Sektor ist überfüllt von Anbietern. Nach Khalid sollten Unternehmen jetzt fusionieren oder schließen, bevor mit strengeren politischen Maßnahmen aufgeräumt würde, um die Preiswogen zu glätten und mehr Fahrgäste einzubringen.

Trotz des Anstiegs Anfang August 2005 hat Malaysia noch immer die niedrigsten Kraftstoffpreise in der Region. Das nutzen einige zu ihrem Vorteil, indem sie den Kraftstoff in die Nachbarländer schmuggeln, um Profit zu schlagen. Allerdings kostet dieser der malaysischen Regierung Subventionen und sie rechnet jetzt schon mit einer Summe von 6,63 Milliarden Ringgit (1,54 Milliarden Euro) am Ende des Jahres. Diese Zahl übersteigt sogar die Zahl der gesamten Subventionen des Jahres 2004, die 4,8 Milliarden Ringgit (1,1 Milliarden Euro) betragen.

vgl. *New Straits Times*, 31.7., 14.8.2005

## Piraterie in der Straße von Malakka

Bei den Drei-Nationen Gesprächen in Batam vom 2. August 2005 trafen sich die Außenminister von Indonesien, Malaysia und Singapur, um unter anderem die Sicherung der Straße von Malakka zu diskutieren. Letztes Jahr wurden in der Straße 37 Vorfälle der Piraterie und des bewaffneten Überfalls gezählt. Die Regierungen der drei Nationen haben schon mit einer koordinierten Meeresspatrouille begonnen, und gemeinsam mit Thailand haben sich die drei Staaten auf eine Luftpatrouille geeinigt. Die Regierung der USA hat ihre Unterstützung zugesichert, lässt allerdings die drei Staaten entscheiden, wie diese ausfallen soll. Bei der Kontrolle sprachen sich die drei Staaten jedoch gegen private Sicherheitsfirmen aus, die bewaffnete Begleitung für das Passieren der Straße vermieten.

Diese schnellen Maßnahmen sind die Reaktion auf eine Aussage des Joint War Committee von Lloyd's Market Association, in der die Straße von Malakka mit anderen kriegs- und terrorgefährdeten Gegenden verglichen wurde. Diese Klassifikation als kriegsgefährdete Zone wird zu höheren Versicherungskosten für Schiffsbesitzer führen, die ihre Waren durch diese 960 Kilometer lange Straße transportieren. Durch sie passieren jährlich 50.000 Schiffe, die 30 Prozent des Welthandels und 50 Prozent der Ölversorgung der ganzen Welt ausmachen.

vgl. *AFP*, 31.7.; *New Straits Times*, 2., 4.8.; *AFX*, 2., 3.8.; *BBC*, 6.8.2005